

Die Ameise

bandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden

□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

ktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 6 Mark

nr. 49.

Charlottenburg, Freitag, den 5. Dezember 1919.

Jahrg. 46.

An die Mitglieder und Verwaltungen!

Hierdurch zur Kenntnis, daß für die vollwerdenden Quittungen bzw. -bücher die Erfahrbücher von dem Zahlstellenleiter auszufertigen sind. Bei der Ausfertigung der Erfahrbücher ist zu beachten, daß die in der vollen Karte bzw. im vollen gezahlten Beiträge, sowie die als beitragsfrei abgestempelten Beiträge aufzurechnen und auf die 2. Seite des neuen Buches unter „Nachweis über erfolgte Beitragszahlung“ einzutragen sind. Ferner sind alle im vollen Buch enthaltenen Vermerke über erfolgten Austritt auf die 2. Seite des neuen Buches unter „Uebertrittsbeleg“ einzutragen. Es sei jedoch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß unter „Nachweis über erfolgte Beitragszahlung“ nur die im unserem Verbands geleisteten Beiträge eingetragen werden dürfen. Auch alle im alten Buch eingetragenen Unterstützungen sind in das neue Buch einzutragen.

Die Mitglieder wollen selbst darauf achten, daß im neuen Buch diese Eintragungen erfolgt sind, denn der Schaden, der durch Nachlässigkeit erwächst, tragen nur die betreffenden Mitglieder.

Die Zahlstellenleiter wollen Unterzeichnetem die Zahl der diesem Zweck erforderlichen Quittungsbücher umgehend mitteilen, damit die rechtzeitige Zusendung erfolgen kann. Bei dieser Gelegenheit wollen die Zahlstellenleiter auch die Zahl der vorhandenen Unterkassierer mitteilen, damit bei der Versendung des Materials auch das für die Unterkassierer erforderliche in gleicher Zahl beigelegt werden kann.

Wilhelm Herden.

Wirtschaftsbeihilfe oder Entschuldungssumme!

Die Folgen einer leichtfertigen und verbrecherischen Kriegspolitik lasten schwer auf der arbeitenden Klasse. Was hat das arme Volk seit länger als 5 Jahren nicht alles an Entbehrungen, Not und Elend ertragen müssen. Das schlimmste ist, daß auch noch nicht sich der geringste Ausblick eröffnet, daß wir zu besseren Zuständen entgegengehen. Ja — es kann ohne Ueberredung behauptet werden, daß die Not, unter der gerade das arme Volk leidet, während der ganzen Kriegszeit nicht so groß war, als jetzt. Da ist es wahrlich an der Zeit, daß sich unsere Kolleginnen und Kollegen einmal ernstlich die Frage stellen, ob denn unter den gegebenen Verhältnissen von einer wirtschaftlichen Existenz überhaupt noch die Rede sein kann. Diese Frage kann heute schon mit einem glatten „Nein“ beantwortet werden. Unsere Lohnverhältnisse sind im Vergleich mit den Löhnen für die Lebenshaltung inzwischen vollkommen unhaltbar geworden und führen auf die Dauer mit Notwendigkeit zu ganz traglichen und unmöglichen Zuständen. Vergewärtigt man sich die heutigen fabelhaften Preise für alle Lebensmittel, Wirtschaftsgüter, Kleidung usw., so muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß wir kaum noch imstande sind, uns die notwendigen Lebensmittel kaufen zu können. Wo bleibt Kleidung, Heizung, Haushaltsgegenstände usw.?

Dabei ist aber auch noch eine andere Frage aufzuwerfen, und diese: Können wir mit den rationierten Lebensmitteln überhaupt auskommen? Hier heißt es wiederum: „Nein“. Folglich sind wir gezwungen, unsere größten Feinde, die Lebensmittelhändler, Schleichhändler und Schieber mit unseren sauren Verweisen zu unterstützen und diesen, soweit unser Geld zuläßt, die zum Existieren unbedingt notwendigen Lebensmittel abzukaufen. Nun wir das nicht, dann verfallen wir noch

früher, als das bisher schon der Fall war, vorzeitigem Siechtum und Tod. Frühes Siechtum bedeutet aber für uns Verminderung der Arbeitskraft und damit des Verdienstes und als weitere Folge Verelendung unserer Familien.

Sind wir denn bei diesen Verhältnissen überhaupt in der Lage, uns einigermaßen erträgliche Lohn- und Lebensbedingungen zu schaffen? Wir sagen „Ja“. Als erstes und wichtigstes Erfordernis erscheint uns der Abbau der Lebensmittelpreise. Dem Wucher und Schleichhandel muß ganz energisch und ganz anders als bisher zu Leibe gegangen werden. Wir meinen, daß der Regierung auch noch ganz andere Mittel, als die bisher angewandten, zur Verfügung stehen in der Bekämpfung der Wucherer und Schleichhändler, dieser Parasiten der menschlichen Gesellschaft, wenn sie diese nur anwenden wollte. Das arbeitende und darbenende Volk muß nachgerade zu der Auffassung kommen, daß die Regierung nicht alle Mittel in Anwendung bringen will, um diesem Uebelstande mit Erfolg zu steuern. Dazu kommt, daß diejenigen, die aus der Not des Volkes ihren Nutzen ziehen, heute anmaßender auftreten, denn je. Da ist es notwendig, daß das arbeitende Volk laut und vernehmlich seinen Willen dahin zu erkennen gibt, daß alles geschehen muß, um die Lage der Arbeiterklasse einigermaßen erträglich zu gestalten.

Dann ist es notwendig, daß wir unsere Arbeitskraft so teuer als möglich verkaufen. Um das zu erreichen, brauchen wir natürlich eine straff gegliederte und geschlossene Organisation. Die gewerkschaftlichen Organisationen dürfen nicht durch persönliche Neibereien, durch Parteigeiz, Haß und Neid geschwächt werden. Wir müssen im Gegenteil alles aufbieten, um unsere Organisationsinteressen nach jeder Richtung hin zu fördern. In dieser Beziehung können wir uns ein Beispiel an unseren Unternehmern nehmen, die es besser verstehen als die Arbeiter, ihre wirtschaftlichen Interessen mit Hilfe ihrer Fachorganisationen zu wahren. Die lebhafteste Nachfrage nach den Erzeugnissen der Porzellanindustrie hat den Unternehmern Anlaß gegeben, ihre Verkaufspreise so weit in die Höhe zu schrauben, daß durchaus annehmbare Gewinne für sie selbst übrig bleiben. Auf Grund dieser Tatsachen verlangen wir vom Hauptvorstand, bei den vorstehenden Tarifverhandlungen zwischen den beiderseitig beteiligten Organisationen ganz energisch für die Interessen der Arbeiter einzutreten. Die schlechten wirtschaftlichen Verhältnisse, in denen sich die Porzellan- usw. Arbeiter befinden, fordern gebieterisch, daß wesentliche Verbesserungen geschaffen werden.

Die Beseitigung der Lohnklasse III ist eine der ersten und dringendsten Notwendigkeiten. Die Löhne in dieser Lohnklasse sind mit den heutigen Verhältnissen nirgends mehr in Einklang zu bringen.

Dann dürfen wir nicht Tarifverträge von allzulanger Dauer abschließen, insbesondere nicht wieder eine Dauer von 7 Monaten festlegen, wie beim ersten Tarifvertrag. Gerade in den letzten vier Monaten sind die Lebensmittelpreise ganz besonders und rapid in die Höhe gegangen. Die Arbeiterschaft war infolge der Bindung durch den Tarif nicht in der Lage, ihre Löhne den gesteigerten Ansprüchen anpassen zu können. Nachdem aber die wirtschaftlichen Verhältnisse von Tag zu Tag unerträglicher werden, verlangen wir einen Ausgleich für die letzten 4 Monate in Form einer Wirtschaftsbeihilfe oder Entschuldungssumme. In dieser Beziehung schließen wir uns den Beschlüssen der Zahlstellen Hermsdorf und Volkstedt an, wie diese in den in den Nummern 39, 43 und 46 der „Ameise“ veröffentlichten Versammlungsberichten bekanntgegeben wurden.

Zum Schluß möchten wir noch auf eine interessante Zusammenstellung hinweisen, die das Lebensmittelamt Solingen am 4. November d. J. veröffentlicht hat. Unter Einziehung von 7 Gewerkschaftsvertretern und 3 Hausfrauen ist dort versucht worden, das Existenzminimum einer vierköpfigen Arbeiterfamilie zu ermitteln. Die Kommission ist dabei zu folgendem Ergebnis gekommen:

Zusammenstellung der wöchentlichen Haushaltungskosten einer vierköpfigen Familie.

a) Rationierte Lebensmittel.		
5 Pfund Brot = 20 Pfund, je 0,41 M.	8,20 M.	
7 " Kartoffeln = 28 Pfund, je 0,14 M.	3,92 "	
125 Gramm Frischfleisch = 1 Pfund, je 6,- M.	6,- "	
50 " Frischwurst = 200 Gramm, je 4,- M.	1,60 "	
125 " Speck = 1 Pfund, je 14,- M.	14,- "	
250 " Pferdefleisch = 2 Pfund, je 4,- M.	8,- "	
50 " Margarine = 200 Gramm, je 5,50 M.	2,20 "	
100 " Auslandsfett = 400 Gr., je 15,- M.	12,- "	
250 " Marmelade = 1000 Gramm, je 1,80 M.	3,60 "	
150 " Zucker = 600 Gramm, je 0,65 M.	0,78 "	
250 " Mehl = 1000 Gramm, je 2,10 M.	4,20 "	
125 " Nährmittel = 500 Gramm, je 0,80 M.	0,80 "	
	65,30 M.	
b) Freie Lebensmittel.		
½ Liter Öl	8,75 M.	
½ Pfund Kaffee	7,- "	
1 " Malzkaffee	2,- "	
Milch	10,- "	
½ Pfund Mehl = 1000 Gramm, je Pfund 4,- M.	8,- "	
Hülsenfrüchte = 1000 Gramm, je Pfund 3,50 M.	7,- "	
Gewürz, Zwiebeln, Essig, Maggi	4,- "	
Gemüse	10,- "	
2 Stück Eier	4,- "	
2½ Pfund Fisch	7,50 "	
4 Stück Heringe	3,60 "	
Obst zum Kochen	6,- "	
	77,85 M.	
c) Verschiedene Ausgaben.		
Seife und Seifenpulver	5,- M.	
Ruhmittel (Schuhcreme, Ofenputz)	1,50 "	
Schrubber, Putztücher, Bürsten, Feuerzeug	3,- "	
Kohlen = 0,8 Zentner, je 6,- M.	5,20 "	
Kochgas und Beleuchtung	5,- "	
Miete	10,- "	
Wohnungsumierhaltung	3,- "	
Steuern	5,- "	
Versicherungs- und Gewerkschaftsbeiträge	5,- "	
Kleidung, Schuhe, Ergänzungen dazu	40,- "	
Ersatz an Haus- und Küchengerät	3,- "	
Genußmittel, Zeitungen, Bücher usw.	11,15 "	
	96,85 M.	
	65,30 M.	
	77,85 "	
	96,85 "	
	Summa 240,- M.	

Diese Aufstellung ist von großem Wert für die wirtschaftlichen Kämpfe der Arbeiterschaft. Solingen liegt bekanntlich in dem von den Engländern besetzten Gebiet. Trotzdem sind die Lebensverhältnisse dort günstiger als im übrigen Deutschland. Wie viele Arbeiter und Angestellte haben in Deutschland heute das Einkommen, das in Solingen als Existenzminimum festgestellt worden ist? Sicher doch nur ein verhältnismäßig kleiner Teil. Unsere Genossen in den Gemeindevertretungen sollten unter Berufung auf das Solinger Beispiel dafür sorgen, daß überall in ähnlicher Weise das örtliche Existenzminimum festgestellt wird. Mancher Lohnkampf würde dann mit anderen Augen angesehen werden, als das heute der Fall ist.

An die Angestellten der Porzellan-Industrie!

In Nr. 47 der „Anzeige“ steht ein Artikel „Niedriger hängen“, worin der Herr Generaldirektor Singer an seine Angestellten veröffentlichen wird. Die Redaktion bemerkt dazu, daß gegen die Forderungen nur ein einiger Zusammenschluß aller im Betriebe gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen ein wirksames Mittel ist. Dem kann man nur beipflichten und möchte ich noch einige Ausführungen dazu machen.

Die Arbeitsgemeinschaft der Angestellten der keramischen Industrie ist eine Vereinigung der kaufmännischen und technischen Angestellten zur Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage, und hat

jeder Angehörige der A.-G. einer Organisation anzugehören. Kaufmännischen Angestellten gehören ja meistens ihren Organisationen an.

Wie steht es nun aber mit den technischen Angestellten? Welchen Verbänden gehören sie an? Einige sind im Porzellanarbeiterverband, wieder andere im Werkmeisterverband organisiert. Wieviel dem Porzellanarbeiterverband angehören, entzieht sich meiner Kenntnis; jedenfalls sind die im Werkmeisterverband organisierten Angestellten in der Mehrheit.

Würde es nun nicht besser sein, wenn alle, die gegen Lohn oder Gehalt Beschäftigten, einer einheitlichen Organisation angehören?

Wir haben es ja bei den Tarifverhandlungen der Porzellanindustrie in Weimar gesehen, was für ein Produkt von Tarif die Unternehmungen der A.-G. angeboten haben, so daß die Verhandlungen scheitern mußten. Ganze Kategorien sind ausgeschieden worden, so daß ein Tarifvertrag nach ihrem Muster nur für einen Teil von Angestellten gelten würde.

Die Unternehmer scheinen sich selber nicht klar darüber zu sein, wer als Angestellter zu betrachten ist oder nicht. Am liebsten rechnen die meisten Unternehmer niemanden zu den Angestellten schon um nicht das bezahlen zu brauchen, was ihnen von dem Gewerkschaftsverband anempfohlen worden ist. Die meisten Angestellten pendeln hin und her und wissen nicht, wohin sie gehören. Möchten sie den Tarifvertrag der Porzellanarbeiter an sich Anspruch nehmen, gehören sie nicht zu den Arbeitern. Aber der kommende Angestelltentarif in Frage, gehören sie zu den Angestellten.

Diesem unhaltbaren Zustand muß ein Ende gemacht werden durch festen Zusammenschluß aller gegen festen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen, ganz gleich, ob sie als Angestellte oder Beamte gezählt werden. Nur so kann ein festes Rückgrat für die Unternehmungen geschaffen werden.

Die Unternehmer stehen jetzt als ein geschlossenes Gremium da, und wir dürfen uns nicht von ihnen beschämen lassen. Wir müssen als ein festes Gefüge ihnen gegenüberstehen und eine geschlossene Organisation bilden und uns einem Verband anschließen, der auf freigewerkschaftlichem Boden steht.

Da uns der Porzellanarbeiterverband am nächsten wäre, wäre er am geeignetsten dazu, und zwar könnte das in einer Weise geschehen, daß eine Sektion für „Festbesoldete“ gegründet wird, um so die besonderen Interessen der Angestellten wahrzunehmen. Dem Vorstand des Porzellanarbeiterverbandes möchte ich empfehlen, sich der Sache anzunehmen.

Bei dieser Gelegenheit möchte ich noch den Vorstand des Porzellanarbeiterverbandes aufmerksam machen, bei den kommenden Tarifverhandlungen für die im Verband organisierten „Festbesoldeten“ mit einzutreten, damit ihnen mindestens der Durchschnittslohn eines gelernten Arbeiters zugesichert wird, um zu verhindern, daß langjährigen Angestellten von den Unternehmungen ein fester Mindestlohn zugewiesen wird. Hoffentlich kommt ein Tarifvertrag mit der Arbeitsgemeinschaft zustande und würde dies soviel Klarheit bringen.

Zum Schluß richte ich noch die Aufforderung an alle Angestellten, fest zusammenzuhalten und stets das Ziel für das Wohl der Gesamtheit im Auge zu behalten, denn nur eine geschlossene und straffe Organisation kann eure wirtschaftliche Lage verbessern.

Aus unserem Verufe.

Altwasser. In der „Schles. Bergwacht“ lesen wir:

Den Arbeitern und Arbeiterinnen der Porzellanfabrik der C. Tielisch & Co. ist folgendes durch Anschlag bekannt gemacht worden:

„Nach Verständigung mit dem Arbeiterausschuß und dem Porzellanarbeiterverbande sind wir gezwungen, wegen Mangel an Materialien, Kohle pp., hervorgerufen durch ungenügende Beschaffung und Beschlagnahme unserer eigenen Güterwagen unserer gesamten Arbeiterschaft (ca. 1000 Personen) hierdurch zu kündigen. Im Einvernehmen mit dem Gewerkschaftsverband sind bereits bei den maßgebenden Regierungen und Eisenbahnstellen die erforderlichen Schritte eingeleitet worden, auch zu erhoffen ist, daß eine Besserung der jetzigen Verhältnisse eintritt und dadurch ein Weiterarbeiten möglich wird.“

Altwasser, den 11. November 1919.

Tielisch & Co., Aktiengesellschaft.

Es wird aber trotzdem nötig sein, daß die organisierten Porzellanarbeiter und -arbeiterinnen die Augen offen halten, daß die Unternehmer der Porzellanindustrie die Verkehrsschwierigkeiten zu anderen Zwecken gegen die Arbeiter mißbrauchen, z. B. bei Verhandlungen über den neuen Tarifvertrag.

Großbreitenbach. In der Thüringer Presse finden wir folgenden Notiz: „Im Verlaufe eines Wortwechsels, den der in der Porzellanfabrik beschäftigte Arbeiter Adolf Jentsch mit dem Prinzipal Karl Eger hatte, gab ersterer plötzlich einen Schuß auf seinen Chef ab, durch den Eger betäubungslos wurde. Als er das Bewußtsein wieder erlangte, lag Jentsch auf ihm und schlug mit einem schweren Instrument auf ihn ein. Letzterer befreite sich jedoch aus der Lage und ergriff die Flucht, um Hilfe zu holen. Inzwischen schlug Jentsch durch einen Schuß in den Kopf.“

Knobach. In der keramischen Fachpresse wird bekanntgegeben, die Aktien der Feinsteingutfabrik M. Köhler, A.-G., in Knobach, auf einige wenige an das Bankhaus Gebr. Arnhold, Dresden, veräußert worden sind. Das Unternehmen wird dem keramischen Konzern des genannten Bankhauses angegliedert. — Damit scheint der Kampf von der Aktiengesellschaft, der nur die Arbeiter der Fabrik als Mitglieder angehören dürfen, endgültig ausgeträumt zu sein. Die „alten“ Aktien, die das Dresdener Finanzinstitut noch nicht erwerben konnte, werden sich wahrscheinlich noch in Arbeiterhänden befinden, womit aber die alte — so schöne Theorie von der Beteiligung der Arbeiter am Besitz, Führung und Gewinn von Gewerbebetrieben nicht mehr zu retten ist. Inzwischen haben die Steingutarbeiter von sich gezeigt, daß sie nicht anders wie die gesamte industrielle Arbeiterschaft ihre beruflichen Interessen wahren wollen und können, und sich nur mit Hilfe ihrer beruflichen Organisation.

Bermischtes.

Verbraucher, die Augen auf! Konsumvereine werden in großer Zahl gegründet. Die Verbraucher suchen in schlimmeren Verhältnissen Schutz bei den Konsumgenossenschaften. Aber das Gegenteil des Erhofften tritt ein, wenn die Gründung von Konsumvereinen ins Blaue hinein vor sich geht. Der gute Rat allein hilft hier nicht, Erfahrung ist hier die Hauptsache. Bei dieser Neugründungen wird von den immer sehr schmerzhaften Kinderkrankheiten verschont bleiben, wenn genossenschaftliche Führung nicht die ersten Schritte leitet. Lieber keine Verbraucherorganisation als eine solche, die wild und planlos ins Wirtschaftsleben hineingestellt, von vornherein zur Unfruchtbarkeit verurteilt zu qualvollem Siechtum verurteilt ist.

Darum, Verbraucher in Stadt und Land, laßt euch euren Konsumgenossenschaftlichen Bestrebungen von der Stelle Rat und Tat unterstützen, die über langjährige Erfahrung verfügen. Sie gibt Rat und Tat gern und schützt euch vor Schaden. Gebt euch die Adresse des zuständigen Verbandssekretariats nicht an, so fragt beim nächsten Konsumverein nach der Adresse.

Bei Neugründungen von Konsumvereinen werden in jedem Falle gewerkschaftlich organisierte Teilnehmer vorhanden sein. Die Gewerkschaftsmitglieder sollten zu allererst wissen, was bei Gründungen von Organisationen alles versäumt werden kann, um unheilvolle Fehler, im Anfang gemacht, noch lange Jahre hindurch wirken. Fehler im Anfang verurteilten gar zu oft reinen Idealismus und besten Willen zur Unfruchtbarkeit. Das beste Heilmittel sichtet an der Krankheit dahin, die es sich beim Anfang zuzog. Diese Anfangsfehler sind leicht zu vermeiden, wenn Erfahrung zu Rate gezogen wird. Eine Anfrage an die Geschäftsleitung verschafft die Adresse des zuständigen Konsumsekretärs. Mit dessen Hilfe kommt ein lebensfähiges Genossenschaftsgebilde zustande.

Die Erwerbslosenfürsorge hat wieder einige Änderungen erfahren. Der Verordnung vom 23. April 1919 (Reichsgesetzblatt Nr. 416) wird im § 4 ein Absatz 3 zugefügt, nach welchem Gemeinden, die die nach jener Verordnung zulässigen Höchstsätze der Erwerbslosenunterstützung überschreiten, die Reichsbeihilfe erhalten werden kann. Im § 8, Absatz 2 werden die Worte: „Die Beihilfe soll im Falle der Beförderung durch die Eisenbahn die Kosten dieser Beförderung nicht übersteigen“, gestrichen. Es handelt sich dabei um Beihilfen zur Beförderung von Umzugsgut aus dem Bereich der Erwerbslosenfürsorge. Diese Beihilfen können jetzt die Kosten der Eisenbahnbeförderung übersteigen. Als Absatz 3 wird dem § 9 folgende Vorschrift zugefügt: „Wenn ein Erwerbsloser eine Arbeitsstelle annimmt, in der er zu vollem Verdienst erst nach Angewöhnung der erforderlichen Fertigkeit gelangen kann, so ist die Gemeinde des letzten Wohnorts berechtigt, aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge einen Zuschuß für die Dauer von 6 Wochen zu gewähren, sofern der verdiente Lohn den bisherigen Beitrag zur Erwerbslosenunterstützung einschließlich der Familienzuschläge um 1 Mk. werktäglich übersteigt. Der Zuschuß darf den Unterschied zwischen dem Lohne und der um 1 Mk. werktäglich gewährten Unterstützung nicht überschreiten. In den Orten der Klassen A und B sind die Gemeinden ermächtigt, den Erwerbslosen, die das 18. Lebensjahr vollendet und an mindestens 60

Tagen der vorhergehenden 3 Monate die volle Erwerbslosenunterstützung bezogen haben, in der Zeit vom 1. November 1919 bis zum 31. März 1920 aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge eine Winterbeihilfe zu gewähren.

Rechtsprechung in der staatlichen Arbeiterversicherung. Im Jahre 1917 wurden in Unfallsachen 361 511 Bescheide erteilt. Darunter befanden sich 45 482 Endbescheide. Von den Endbescheiden wurden zugunsten der Versicherten bzw. deren Angehörigen 3679 = 8,24 Proz., zu deren Ungunsten 40 973 = 91,76 Proz. entschieden. Von den eingereichten Rekursen wurden 1917 durch Urteil 4609 erledigt. Davon wurde das angefochtene Urteil des Oberversicherungsamts in 3548 Fällen bestätigt, 998 Rekurse wurden abgeändert und 63 an die Vorinstanz oder Berufsgenossenschaft zurückverwiesen. Von den 998 abgeänderten Rekursen wurden 16,4 Proz. zugunsten der Versicherten und 43,5 Proz. zugunsten der Berufsgenossenschaften erledigt.

In Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherungssachen sind im Berichtsjahre 533 355 berufungsfähige Bescheide erteilt worden. Davon betrafen 43,7 Proz. Invaliden-, 15 Proz. Alters- und 41,3 Proz. Hinterbliebenenversicherungssachen. Von 2320 eingelegten Revisionen erledigte das Reichsversicherungsamt durch Urteil 2054. Davon wurden 1605 Urteile der Oberversicherungsämter bestätigt, 66 völlig oder teilweise abgeändert und 383 an die Vorinstanz oder an die Versicherungsanstalt zurückverwiesen. Von den 66 abgeänderten Revisionen wurden nur 1,26 Proz. zugunsten der Versicherten, dagegen 18,69 Proz. zugunsten der Versicherungsanstalten erledigt.

In Krankenversicherungssachen gingen 200 Revisionen ein, und zwar von Versicherten 131, von Krankenkassen 67, von Gemeinden, Armenverbänden 1 und von sonstigen Berechtigten 1. Von den durch Urteil erledigten 188 Revisionen wurden 114 zurückgewiesen (70 von Versicherten, 38 von Krankenkassen, 6 von sonstigen Berechtigten). Nur 22 Revisionen waren erfolgreich, und zwar je 11 von den Versicherten und Krankenkassen. An die Vorinstanz wurden 52 Revisionen zurückverwiesen (38 von Versicherten, 14 von Krankenkassen).

Teure Porzellane. Aus der königl. sächsischen Sammlung in Dresden ist ein Teil der Porzellane und Waffen in Berlin versteigert worden. Es wurden dabei sehr hohe Preise erzielt. So wurden u. a. bezahlt für Steinzeug aus der Zeit des Erfinders des Porzellans, Joh. Böttger, und von diesem herrührend, bis zu 10 000 Mk. für einzelne Stücke, für eine schwarzglasierte, golddekorierte Kaffeekanne 10 100 Mk., für einen Kinderkopf 36 500 Mk. Aus der Sammlung großer Figuren und Vasen erzielten ein bemalter Kronengeier einen Preis von 178 000 Mk., ein Marder von 161 000 Mk. Für unbemalte Figuren, wie ein Ziegenpaar, wurden 131 000 Mk., eine Truhenne 110 000 Mk. bezahlt. Die Porzellane aus der Sammlung der Herzogzeit scheinen besonders zahlungslustige Käufer gefunden zu haben. So wurden bezahlt für eine Tasse mit Ausguß, die auf beiden Seiten den Namenszug August des Starken mit der Krone trägt, 10 000 Mk., für eine hohe Henkeltasse mit gelbem Grund, Chinesenmalerei in den Aussparungen und goldenem Spitzenmuster, 168 000 Mk., für zwei große Teller aus dem gelben Jagdservice 20 000 Mk. Es wurden außerdem noch Stücke chinesischen Porzellans aus derselben Sammlung zu gleichen fabelhaften Preisen verkauft.

Die deutsche Genossenschaftsbewegung. Die Kriegszeit hatte naturgemäß der Entwicklung der deutschen Genossenschaftsbewegung gewisse Schranken gesetzt. Erst im letzten Kriegsjahre trat wieder ein merklicher Aufschwung ein, der sich auch in der Gründung neuer Genossenschaften bemerkbar machte. Am 1. Januar 1919 bestanden 39 056 eingetragene Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, gegen 37 284 am 1. Januar 1918; die Zunahme betrug 1774. Hieran sind besonders die Darlehnskassenvereine, die Rohstoffgenossenschaften, vor allem die gewerblichen, die Wareneinkaufsvereine und die Wertgenossenschaften, hier vor allem die Elektrizitätsgenossenschaften, beteiligt, während die gewerblichen Magazingenossenschaften und die Rollereigenossenschaften einen geringen Rückgang erfuhr. Insgesamt bestanden am Jahreschlusse 1918: 20 199 Kreditgenossenschaften, 1353 gewerbliche und 2953 landwirtschaftliche Rohstoffgenossenschaften, 648 Wareneinkaufsvereine, 339 gewerbliche und 2404 landwirtschaftliche Wertgenossenschaften, 13 Genossenschaften zur Beschaffung von Maschinen und Geräten, 128 gewerbliche und 637 landwirtschaftliche Magazingenossenschaften, 233 gewerbliche und 40 landwirtschaftliche Rohstoff- und Magazingenossenschaften, 1106 gewerbliche und 4094 landwirtschaftliche Produktivgenossenschaften, 588 Zucht- und Weidengenossenschaften, 1485 Wohnungs- und Baugenossenschaften, 135 Vereinshäuser und 2313 Konsumvereine. Diese waren, meistens infolge Verschmelzungen, seit einigen Jahren an Zahl etwas zurückgegangen; im letzten Jahre trat infolge Neugründungen eine Ver-

mehrung um 36 ein. Im neuen Jahre scheint allgemein ein sehr starker Aufschwung einzutreten; das erste Halbjahr 1919 brachte bereits einen Zuwachs um 676 Genossenschaften, woran wiederum die bereits oben genannten Arten hervorragend beteiligt sind, während die Mollereigenossenschaften weiter um 17 zurückgingen. Der Unrechts- und Gewaltfriede wird leider wohl einen Verlust von reichlich 2500 bis 3000 Genossenschaften aller Art zur Folge haben.

Versammlungsberichte.

Althaldensleben. Die am Sonnabend, den 8. d. M., tagende Versammlung hatte sich eines guten Besuches zu erfreuen. Auch eine größere Anzahl Kolleginnen war zu derselben erschienen. Der Vorsitzende begrüßte die aus der Gesangenschaft Zurückgekehrten, sowie die vom Fabrikarbeiterverband zu uns übergetretenen Kolleginnen und Kollegen, von letzteren hoffend, daß sie uns das werden mögen, was sie bisher dem Fabrikarbeiterverband waren, treue Mitglieder der Organisation. Die Tagesordnung umfaßt die Punkte: Kartellbericht. Bericht über den Stand der Lohnbewegung. Verschmelzung der Zahlstellen Alt- und Neuhaldensleben. Anträge und Verschiedenes. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrt die Versammlung das Andenken des verstorbenen Kollegen Heinrich Bode, sowie des früheren Parteivorstehenden Hugo Haase durch Erheben von den Plätzen. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls der letzten Versammlung wird in die Tagesordnung eingetreten. Den Kartellbericht erstattet Kollege Wihl. Sach. Derselbe wird ohne Diskussion entgegengenommen. Ueber Punkt 2 äußert sich Kollege Gustav Schmidt in sehr ausführlicher Weise, selbiger stützt sich in seinen Ausführungen hauptsächlich auf den am 25. August d. J. in Dresden abgeschlossenen Vertrag betreffs der Mindestlöhne, wobei ersichtlich ist, daß dieselben in unserem Bezirk noch nicht überall restlos durchgeführt sind. Mit dem Appell an die Ausschußmitglieder, nunmehr alle Kräfte einzusetzen, um die Bedingungen des Vertrages, noch ehe derselbe abgelaufen ist, zur Durchführung zu bringen, schließt der Kollege seine interessanten Ausführungen über diesen Punkt, hierzu noch bemerkend, daß es Pflicht jedes einzelnen sei, regelmäßig die Versammlungen zu besuchen, um über derartige wichtige Sachen besser aufgeklärt und orientiert zu sein. Eine längere Debatte entspinnt sich nun über Punkt 3, Verschmelzung der Zahlstellen Alt- und Neuhaldensleben. Nach längerem Für und Wider wird der Verschmelzung im Prinzip zugestimmt, endgültige Stellungnahme zu dieser Frage jedoch vorbehalten, bis ein Vertreter des Hauptvorstandes uns hierüber einmal in einer kombinierten Versammlung ein Referat halten wird. Unter Punkt „Verschiedenes“ bringt Kollege Perlich einige seiner Erlebnisse als Arbeiterausschußmitglied zur Kenntnis der Versammlung. Aus denselben geht hervor, daß man hauptsächlich von Seiten der technischen Leitung bemüht ist, dem Ausschuß Knüppel zwischen die Beine zu werfen. Ausdrücke wie: Na wenn es der hohe Rat befiehlt, oder: Da geht ja der hohe Rat schon wieder, na, die Herrlichkeit wird hoffentlich wohl nicht mehr lange dauern, legen ein heftiges Zeugnis ab von dem Haß dieser Herren gegen alles von der Arbeiterchaft Errungene. Die Ausführungen dieses Kollegen enden in dem Schlusssatz: Uns aus dem Elend erlösen, das können wir nur selber; nur wir selbst und eine straffe Organisation. Sodann beschäftigt sich die Versammlung eingehend mit dem neu abzuschließenden Lohnvertrag, wobei vielfach die Meinung vertreten wird, nicht so langfristige Verträge abzuschließen, da man nicht wissen kann, in welcher wirtschaftlichen Notlage man sich im nächsten Vierteljahr befindet. Nachdem noch einige lokale Angelegenheiten besprochen und erledigt wurden, schließt der Vorsitzende um 11¼ Uhr die interessante verkaufene Versammlung mit dem Wunsche, die nächste möge noch besser besucht sein.

Alma. In der am 14. November stattgefundenen Mitglieder-versammlung gab der Kassierer den Kassenabschluß vom dritten Quartal bekannt, worauf ihm auf Antrag der Revisoren Entlastung erteilt wurde. Unter Punkt 2 gab der Vorsitzende einen Bericht über die Betriebslage und über die schlechte Kohlenlieferung, was die Kollegen veranlaßte, heftige Klagen zu führen über die beschränkte Arbeitszeit und den damit verbundenen geringen Verdienst. Nach eingehender Diskussion wurde beschlossen, einen energischen Protest an die maßgebende Kohlenderteilungsstelle einzureichen. Da infolge des fortwährenden Kohlenmangels seit Februar dieses Jahres beschränkt gearbeitet wird und die Arbeiterchaft am Orte zu allerhand Entbehrungen genötigt ist, wurde der Betriebsauschuß beauftragt, die Firma zu ersuchen, eine Entschädigungssumme zu gewähren. Im weiteren Verlauf der Tagesordnung stimmte die Versammlung folgender Resolution einstimmig zu:

Die von Tag zu Tag in immer unerträglicherem Maße steigende Forderung aller Lebens- und Bedarfsartikel zwingt mit eiserner Notwendigkeit die hiesige Arbeiterchaft, die Verbandsleitung zu veranlassen, daß in den jetzt bevorstehenden Tarifverhandlungen eine Lohnerböschung von mindestens 50 Proz. auf die jetzt bestehenden Grundlöhne gefordert wird. Die Isolationsbranche wurde bei den letzten Tarifverhandlungen mit einem Preisanstieg von 20 bis 25 Prozent abgefertigt und gegenüber der Geschäftsbranche bedeutend benachteiligt. Gleichmäßig beantragen wir, daß die Verhandlungen so rechtzeitig abgehandelt werden, daß die neuen Tarife pünktlich am 1. Januar 1920 in Kraft treten können, mit Rückwirkung und Nachzahlung ab 1. Dezember 1919. Die Resolution der Zahlstellenversammlung vom 8. Oktober 1919 („Ameise“ Nr. 43) — ausgereichte und willkürliche Ansetzung des Begriffs „Facharbeiter“ seitens der Unternehmer — machen wir zu unserer eigenen und schließlichen des jeweiligen vollstän-dig an. Die vierwöchentliche Abschreibungsperiode ist unbedingt aus dem nächsten Tarifvertrag zu streichen und dafür die wöchentliche einzuführen. Außerdem ist der § 5 des Tarifvertrags zugeklammert zu streichen; ebenso darf bei alten Arbeitern, welche infolge ihrer langen Tätigkeit in der Fabrik nicht

mehr so leistungsfähig sind, in bezug auf Mindestlohn keine Ausnahme gemacht werden.“

Als im Punkt „Verschiedenes“ einige örtliche Verhältnisse Erledigung gefunden, schloß der Vorsitzende die Versammlung dem Wunsche, daß die Kollegen fest zusammenhalten und die Versammlungen regelmäßig besuchen. Nur durch festes Zusammenhalten sind wir imstande, unsere Ziele zu erringen.

Blankenhain. Der Vorsitzende eröffnet die Versammlung mit Anwesenheit von 44 Mitgliedern um 8¼ Uhr mit folgender Tagesordnung: 1. Geschäftliches, 2. Facharbeiter, 3. Bericht der Arbeiterausschüsse, 4. Anträge und Beschwerden, 5. Verschiedenes.

Unter Geschäftlichem sind zu vermerken 3 Abmeldungen, 1 Anmeldung. Da der bisherige Schriftführer sich abmeldet, wird wir zur Neuwahl eines Schriftführers und wurde Genosse Dittmann gewählt.

Punkt 2. Die Stickerinnen und Druckerinnen sind als Facharbeiterinnen von den Unternehmern nicht anerkannt und sollen bezüglich noch Verhandlungen geführt werden.

Punkt 3. Gen. Wenzel Kundmann gibt Bericht über die Nachzahlungen bei der Firma Krüger. Es ist soweit alles geregelt bis auf einige Facharbeiter, und soll selbiges im Laufe der nächsten Woche verlangt werden.

Punkt 4. Gen. Reiprich stellt den Antrag, daß der Versammlungsbericht vom 8. November in der „Ameise“ erscheint.

Unter Beschwerden lag nichts vor.

Punkt 5. Unter Verschiedenem stellt Gen. Reiprich allen Kollegen und Genossinnen anheim, bei der nächsten Gemeinderatsversammlung sich recht rege zu beteiligen.

Schluß der Versammlung 11 Uhr.

Eisenberg. Die am 14. November stattgefundenen Zahlstellenversammlung erfreute sich eines guten Besuches. Auf der Tagesordnung stand: 1. Geschäftliches, 2. Kassenbericht, 3. Wahl der Beschwerdekommision, 4. Lohnforderung, 5. Anstellung von Lokalbeamten betreffend, 6. Verschiedenes. Bevor in die Tagesordnung eingetreten wird, gedenkt der Vorsitzende der verstorbenen Genossin Louise Müller; zu Ehren der Verstorbenen erheben sich Mitglieder von ihren Sitzen. Im Punkt 1 werden vom Vorsitzenden mehrere Aufnahmen verlesen. Nach Verlesung der Protokolle des Gen. Körner den Kartellbericht. Einwendungen wurden nicht erhoben. Zu Punkt 2 erstattet Kassierer Burkhardt Bericht über 3. Quartalsabschluss wie folgt: Einnahme der Verbandskasse 307,22 Mk. Ausgabe 2880,82 Mk. Bestand 792,22 Mk. 12 Proz.-Kasse: Einnahme 768,82 Mk. Ausgabe 628,82 Mk. Bestand 140 Mk. 12 Proz. Mitgliederbestand am Schlusse des Quartals 147 männliche und weibliche, zusammen 489 Mitglieder.

Zum Revisionsbericht führte Revisor Körner aus, daß die Kasse und Kasse in bester Ordnung vorgefunden wurden, und beantragte Entlastung des Kassierers. Hierauf wurde der Kassierer einstimmig entlastet. Im Punkt 3 wurde die Wahl der Beschwerdekommision die nach Beschluß der Generalversammlung wieder ihren Sitz in Eisenberg hat, vorgenommen.

Unter Punkt 4: Lohnforderung, entstand eine sehr lebhaft ausgeführte, und es wurde folgende Resolution angenommen: „Da die Preise aller Lebens- und Bedarfsartikel ganz enorm im Preise gestiegen sind und ein Auskommen bei den jetzigen Löhnen nicht möglich ist, ersuchen wir den Hauptvorstand dringend, mit aller Entschiedenheit für ein ganz bedeutendes höheres Einkommen bei gegenwärtigen Verhandlungen einzutreten.“

Zu Punkt 5: Anstellung eines Lokalbeamten, wurde beschloffen, vorläufig von der Anstellung eines Lokalbeamten abzusehen, später, wenn die Betriebe wieder voll arbeiten, soll der Frage nachgetreten werden.

Zu Punkt 6: Verschiedenes, gibt Gen. Karl Obst auf Wunsch einiger Mitglieder Aufklärung über die Unterstützungssätze der Erwerbslosenfürsorge und macht bekannt, daß auf Anregung der Erwerbslosen in Klasse b eingerückt sind. Alles andere bleibe bestehen. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung mit dem Wunsche, auch fernerhin die Versammlungen gut zu besuchen und die Verbände die Treue zu bewahren.

Elberfeld. Die am 2. November stattgefundenen Zahlstellenversammlung war gut besucht. Nach Erledigung der Tagesordnung wurde eingehend unsere letzte Lohnbewegung besprochen. Von beiden Seiten wurde betont, daß nur durch festes und zielbewusstes Zusammenarbeiten es möglich ist, die Forderungen im Sinne der Arbeiter zum Erfolg zu bringen. Trotz schwieriger Verhandlungen es uns durch das geschlossene Auftreten der Kollegen gelungen, die Forderung von 135 Mk. Wochenlohn (Feiertage bezahlt) bewilligt zu erhalten. Zum Schluß richtete der Vorsitzende die Ermahnung an die Mitglieder, die Einigkeit hochzuhalten und fleißig für unsere Sache zu arbeiten.

Gräfenhain. Die am 15. November stattgefundenen Zahlstellenversammlung der hiesigen Zahlstelle war, wie üblich, sehr schlecht besucht, von 200 Kollegen und Kolleginnen waren leider nur 24 erschienen. Die weiblichen Mitglieder, für die es vor allen Dingen notwendig wäre, die Versammlungen zu besuchen, um dadurch die Organisation näher kennen zu lernen, halten es überhaupt nicht für nötig, an den Versammlungen teilzunehmen. Es zeigt sich auch hier von Tag zu Tag, wie wenig Interesse die Arbeiterchaft am eigenen Wohlergehen hat und daß wir auf dem besten Wege sind, die wenigen Freiheiten, die uns die Revolution gebracht hat, wieder zu verlieren. In der Diskussion der einzelnen Punkte der Tagesordnung führte der Vorsitzende die schweren Schäden, die der furchtbare Krieg der Arbeiterindustrie gebracht hat, an. In sachlicher Weise schilderte derselbe die unhaltbaren Zustände, unter denen das Proletariat sein kümmerliches Dasein fristen muß, und bedauert, daß ein großer Teil der Arbeiter sich der traurigen Lage gar nicht bewußt ist, was die am 9. November stattgefundenen Revolutionsfeier, wobei die hiesige Arbeiterchaft einstimmig verlagert hat, beweist. Kollegen und Kolleginnen! Im Dezember findet die Generalversammlung statt. Steht fest!

weist, daß Ihr mit dem Bewußtsein der Organisation angehört, das Größte zu schaffen und durch deren Ausbau an dem Aufbau eines Wirtschaftsliebens im sozialistischen Sinne als tüchtige Mitarbeiter zu helfen. Erscheint vollzählig in den Versammlungen und undet dadurch, daß Ihr gewillt seid, den Kampf gegen den Kapitalismus bis zum siegreichen Ende durchzuführen.

Kloster-Weilsdorf. Die am 7. November stattgefundene Zahlstellenversammlung war diesesmal sehr gut besucht. Vorsitzender schließt auch gleich die Worte an, daß die Mitglieder in Zukunft immer so vollzählig erscheinen mögen, dann wäre ein besseres Zusammenhalten zu erreichen. Bevor zur Tagesordnung übergegangen wurde, wurde erst das Protokoll von der letzten Versammlung verlesen. Gegen wurden keine Einwendungen erhoben. Punkt 1: Wahl einer Kommission zur Festsetzung des Verdienstes, zwecks Beitragszahlung. wurden die drei Kollegen Oskar Tranert, Alfred Wigenheim und Bert Schmidt gewählt; sie nahmen die Wahl an. Punkt 2: Wahl der Krankenkassenkommission. Es wurden gewählt die Kollegen Hühfeld, Albin Pirchner, Edwin Ullrich, Otto Beckmann, Ernst Lehmann, Hilmar Ott und Robert Giel; sämtliche genannten Kollegen sind auf 11 Ortschaften verteilt. Punkt 3: Wöchnerinnenbeihilfe. Vorsitzende hielt einen kurzen Vortrag über die Beihilfe nach dem Reichsgesetzblatt. Anschließend wurde der Antrag gestellt, daß die Betriebskrankenkassen-Versammlung stattfinden soll. Der Antrag wird angenommen. Punkt 4: Unterstützung an hiesige und auswärtige Verbandsmitglieder. An die auswärtigen Mitglieder, deren Unterstützung in der „Ameise“ empfohlen wird, ist ein Betrag von Mk. genehmigt worden; derselbe soll aus der Lokalkasse entnommen werden. Punkt 5: Pflichten und Rechte der Mitglieder. Es strengstens darauf gesehen werden, daß die Arbeitszeit pünktlich gehalten wird. Außerdem läßt die Kleinlichkeit im Betriebe viel zu wünschen übrig. Es wird für jede einzelne Abteilung eine verantwortliche Person namhaft gemacht, die das Nötige zu veranlassen. Wer sich dem widersetzt, hat die Folgen zu tragen. Damit war die geschäftliche Teil erledigt und die Versammlung wurde gegen 10 Uhr vom Vorsitzenden geschlossen.

Köln. Zahlstellenversammlung vom 11. November. Als Tagesordnung gab der Vorsitzende folgende Punkte bekannt: 1. Protokoll, 2. Klassenbericht, 3. Unsere letzte Lohnbewegung, 4. Kartellbericht, 5. Verschiedenes. Nachdem der Schriftführer das Protokoll verlesen hatte, gab der Kassierer den Klassenabschluß vom 3. Quartal, worauf der Kassierer auf Antrag Entlastung erteilt wurde.

Es wird wohl keine Stadt des Reiches sein, wo die unteren Schichten so unter dem Druck der Schieber und Wucherer zu leiden, wie wir in Köln, obgleich die Stadt außerdem schon immer teurerste von allen war. Aus diesen Motiven heraus haben sich die Kollegen, d. h. die Zahlstelle, gezwungen, den Tarif zum 12. November zu kündigen und ersuchten für die Kündigungsfrist um eine Erhöhungszulage in Form von 40 Pf. Zulage pro Stunde mit rückwirkender Kraft vom 25. September. Diese Forderung wurde aber schon bei der ersten Kommissionsitzung von den Unternehmern abgelehnt, und uns aber eine Lohnzulage an, die im allgemeinen für die meisten Kollegen 50 Pf., für die Kolleginnen 20 Pf. pro Stunde ausmachte. Diese Lohnaufbesserung sollte dann statt am 12. November am 1. Oktober stattfinden. Nach zweimaliger Kommissionsitzung kam folgende Tarifbestimmung zustande:

Tarifvertrag

Die Arbeits- und Lohnverhältnisse für die in den Kölner Kunstfigurenfabriken beschäftigten Arbeiter.

1. Die Arbeitszeit beträgt täglich 8 Stunden, und zwar von morgens 7 Uhr bis nachmittags 4 Uhr mit $\frac{1}{4}$ Stunde Frühstücks- und $\frac{1}{4}$ Stunden Mittagspause.
2. Als Lohnsätze gelten: Gießer, Brenner und Marmorarbeiter (gelernte Facharb.) 2,70 bis 3,10 Mk.; Polychromeure, Figuren, Former, Buzer, Retoucheure, Maler und Packer 2,60 bis 2,90 Mk.; Vorarbeiter erhalten 3,10 Mk. Jugendliche Hilfsarbeiter von 12 bis 16 Jahre 0,70 bis 1,— Mk.; 16 bis 18 Jahre 1,25 bis 1,60 Mk.; 18 bis 20 Jahre 1,80 bis 1,95 Mk. Hilfsarbeiter über 20 Jahre 1,95 bis 2,25 Mk.; für Verheiratete 10 Pf. mehr für die Woche. Arbeiterinnen 0,80 bis 1,60 Mk.
- Die Lohnfestsetzung für Facharbeiter unter 18 Jahre unterliegt freier Vereinbarung unter Hinzuziehung des Arbeiterausschusses. Für Ueberstunden werden 25 Proz. für Sonntagsarbeit 100 Prozent Zuschlag bezahlt.
- Wenn Facharbeiter zu einer anderen Arbeit, die besser oder leichter entlohnt wird, herangezogen werden, so tritt eine entsprechende Aenderung der Lohnsätze ein.
- Die Ausführung von Facharbeiten außerhalb des Betriebes ist den Angestellten verboten. Malerarbeiten dürfen an Heimarbeiter übertragen werden.
- Akkordarbeit findet nicht statt.
- An den Tagen vor Ostern, Pfingsten und Weihnachten endigt die Arbeitszeit 2 Stunden früher ohne Lohnabzug.
3. Jeder Arbeiter, der ununterbrochen 12 Monate, gleichviel welchem Betrieb, tätig ist, erhält nach 1 Jahr drei Tage, nach 2 Jahren fünf Tage, und nach 3 Jahren sechs Tage Urlaub unter Vorauszahlung des Lohnes. Die Kriegszeit wird bei Festsetzung der Urlaubstage mit eingerechnet. Als Urlaubszeit gilt die Zeit vom 1. Mai bis 30. September. Betriebsleitung und Arbeiterausschuß regeln den Urlaub im April eines jeden Jahres.
4. Bei Einstellung von Lehrlingen und Abschlüssen von Lehrlingen hat die Gewerkschaft resp. der Arbeiterausschuß mitzutreten. In der Regel soll auf 10 Gehilfen pro Jahr ein Lehrling fallen. Der Arbeiterausschuß ist berechtigt, die Behandlung der Lehrlinge, sowie das Lehrverhältnis zu überwachen und dem Gesetze entsprechende Maßnahmen zu ergreifen.
- Als Entlohnung gelten folgende Sätze: Im 1. Jahre 10 bis 15 Proz., im 2. Jahre 15 bis 20 Proz., im 3. Jahre 25 bis 30 Proz. Durchschnittslohn der Lehrlinge.
- Jedem Lehrling sind nach dem ersten Lehrjahre Urlaubstage von 6 Werktagen unter Vorauszahlung des Lohnes zu gewähren.

5. Alle Lohn- und Arbeitsbedingungen sind vom Arbeiterausschuß mit der Betriebsleitung zu regeln und sind bindend für Arbeitgeber und Arbeitnehmer.

Bei Entlassungen und Einstellungen soll der Arbeiterausschuß möglichst gehört werden.

6. Der vorstehende Vertrag tritt mit dem 12. Oktober in Kraft und kann jederzeit nach zweimonatlicher Kündigung gelöst werden.

Köln, den 14. Oktober 1919.

Unser Kartellbelegierter gab Bericht über die letzte Kartellbesitzung. Unter „Verschiedenes“ gedachte der Vorsitzende des einjährigen Bestehens der Waffenstillstandsbedingungen, welche unserem Volke auferlegt sind und ihm auf gar lange Zeit wirtschaftliche Fesseln anlegen, die unsere spätere Generation noch lange spüren wird. Demgegenüber wurde in der Diskussion der sittliche und hohe Wert: der Sturz der preussischen Militärdiktatur, als hehre Errungenschaft gerühmt, der ein Volk von einem jahrhundertlangen Druck befreit hat. Des weiteren machte der Vorsitzende bekannt, daß unsere beiden Mitglieder Gustav Schulze, Porzellanmaler aus Neuenhammer, eingetreten in den Verband am 1. Januar 1893, und Wilh. Uebel, Porzellanmaler aus Frankfurt a. d. Oder, eingetreten in den Verband am 8. Dezember 1894, 25 Jahre dem Verbandsangehörigen. Leid und Freud haben sie mit ihren Kollegen geteilt, vieles ist über beide ergangen und haben die kapitalistische Herrschaft am eigenen Leibe zu spüren gehabt in Form von Aussperrungen, Maßregelungen und Streiks. Unsere Zahlstelle sieht die beiden Kollegen gern kommen, und manchen guten Gedanken verdanken wir ihnen. Mögen uns die Kollegen Schulze und Uebel noch recht lange erhalten bleiben zum Wohle aller. Zur Ehrung soll Sonntag, den 7. Dezember, im Verbandslokal, Schaafenstraße, eine kleine Feier veranstaltet werden, wozu alle Kollegen nebst Angehörigen eingeladen sind. Leider ist es unserem Kollegen Schulze nicht möglich zu erscheinen, da selbiger in Barmen tätig ist und keine Einreiseerlaubnis erhält.

Kollegen der Gips- und Terrakottaarbeiter ersuchen wir um ihre Adresse zwecks gegenseitiger Verständigung über Tarif, Arbeitsbedingung, Arbeitsgelegenheit und sonstiges an

Ernst Stolze, Köln-Brannsfeld, Widderdorferstr. 230.

Dschah. Der Vorsitzende lobte zunächst den regeren Besuch der Versammlung und gab der Hoffnung Ausdruck, in der nächsten Versammlung, in der die Vorstandswahl stattfinden soll, alle Mitglieder anwesend zu finden. Punkt 1. Die Wichtigkeit des Protokolls wurde festgestellt. Punkt 2. Der Vorsitzende erinnerte nochmals an die restlose Bezahlung der Beiträge bis Ende d. J. und setzte die nächste Versammlung auf den 12. Dezember fest. Punkt 3. Vom Vorsitzenden wurde gerügt, daß die Versammlungsberichte in der „Ameise“ infolge Raummangels zurückgestellt würden, für Fäkerereien und Streitigkeiten aber immer Platz in der Zeitung sei. Ferner teilte er der Versammlung mit, daß in der Angelegenheit Schau uns seinerzeit von der „L. B.-Z.“ eine falsche Rechnung zugegangen war und uns somit ein Ueberschuß verbleibt, der, durch den Ertrag einer freiwilligen Sammlung vergrößert, dem hiesigen Stadtrate zugunsten der Errichtung eines Ehrenmals für gefallene Dschaher Krieger überwiesen werden soll. — Außer einigen Betriebsfragen lag nichts weiter vor, und der Vorsitzende schloß hierauf die Versammlung.

Reichmannsdorf. Am 14. November fand hier eine außerordentliche Zahlstellenversammlung statt, in welcher Kollege Erdmann-Ilmenau als Vertreter der Gauleitung über Umgestaltung des Verbandsstatuts, unseren Kollektivvertrag und über die Aufgaben unserer Fabrik-Ausschüsse referierte. Ferner wurden die Betriebsverhältnisse am Orte besprochen. Der Vorsitzende, Kollege Müller, eröffnete um 8 Uhr die Versammlung und erteilte Kollegen Erdmann das Wort. Selbiger verstand es, die zahlreich erschienenen Mitglieder mit seinem Vortrage voll und ganz zu befriedigen. Nach seinen Ausführungen, die eine längere Zeit in Anspruch nahmen, wurde in die Diskussion eingetreten. In dieser verstand es Kollege Erdmann ebenfalls, die an ihn gerichteten Fragen sehr gut zu beantworten. Nachdem Redner mit seinen Ausführungen geendet und den Mitgliedern alle an ihn gerichteten Fragen beantwortet hatte, schloß der Vorsitzende die interessante Versammlung und dankte dem Kollegen Erdmann für seine Bemühungen. Er ermahnte die Mitglieder, in allen Versammlungen so zahlreich zu erscheinen, wie in den drei letzten. Nur durch ein festes Zusammenstehen kann etwas erreicht werden. Am 23. November soll eine Verhandlung zwischen Kollegen Erdmann und der Firma Steinbrenner & Comp., betreffs Nichtinnehaltung des Kollektivvertrages, stattfinden. — An dieser Stelle ermahnen wir die Kollegen und Kolleginnen nochmals, die Bibliothekbücher bei Kollegen Albert Kiefewetter abzuliefern und verweisen auf die Bibliothekordnung.

Rheinsberg. Die am 10. November stattgefundene Zahlstellenversammlung hätte in Anbetracht der Wichtigkeit der Tagesordnung entschieden besser besucht sein können. Die hiesigen Arbeiter hätten wohl alle Ursache, in die Versammlungen zu kommen, denn sie sind wirklich nicht auf Rosen gebettet. Der Vorsitzende, Kollege Möbius, eröffnete um 8 Uhr die Versammlung und gab folgende Tagesordnung bekannt: 1. Kassieren der Beiträge, 2. Klassenbericht vom 3. Quartal, 3. Anträge und Beschwerden, 4. Wahl von Kartellbelegierten, 5. Verschiedenes. — Punkt 1 wurde in üblicher Weise erledigt. Der Vorsitzende wies auf die Bekanntmachung des Hauptkassierers hin und ermahnte die Anwesenden, alle Beiträge bis zum 27. Dezember zu begleichen. — Unter Punkt 2 erstattete Kollege Giesfeld den Klassenbericht. Da Kasse und Bücher von den Revisoren in bester Ordnung vorgefunden wurden, wurde einstimmig dem Kassierer Entlastung erteilt. — Zu Punkt 3 gab zuerst der Vorsitzende über die in der vorletzten Versammlung gestellten Anträge und Beschwerden Bericht. Er stellte fest, daß einige Forderungen zur Zufriedenheit der Arbeiter geregelt seien, verschiedene wohl von der Betriebsleitung versprochen, aber bis jetzt noch nicht erfüllt sind. Die Verwaltung wird deshalb beauftragt, gemeinsam mit dem Betriebsrat die noch nicht erfüllten Forderungen, sowie die in der heutigen Versammlung gestellten zur Durchführung zu bringen. Da sich die jetzige Betriebsleitung in vielen Fällen nicht nach dem zu richten scheint, was von der vorigen Betriebsleitung den Arbeitern an Rechten zu-

gestanden wurde, verlangt die Versammlung von der Verwaltung, der Betriebsleitung klar zu machen, daß sie nicht gewillt ist, auch nur ein Tüpfelchen davon zu streichen. Eine längere Debatte entspann sich über die Frage: Wer ist ein Jagarbeiter? Die Versammlung schließt sich der Resolution Kloster-Weilsdorf voll und ganz an und protestiert entschieden gegen den § 3 des Vertrages. Auch ersucht die Zahlstelle den Hauptvorstand, Schritte zu unternehmen, daß auch Rheinsberg in die 1. Orstklasse kommt, da Rheinsberg als Luftkurort ebenso ein teures Pflaster ist, wie die Großstädte. Durch die Einschränkung des Personenverkehrs war Kollege Red-Teltow verhindert, uns den Bericht von der Generalversammlung zu geben. Der Vorsitzende stellte deshalb den Antrag, in 14 Tagen eine außerordentliche Versammlung einzuberufen, in der Kollege Red uns den Bericht geben soll; dem wurde zugestimmt. — Der 4. Punkt wurde auf Antrag eines Kartelldelegierten zur nächsten Versammlung zurückgestellt. Zu rügen war, daß in der vorigen Kartell Sitzung von unseren drei Vertretern nur einer anwesend war. — Unter Punkt 5 wurden dem Kollegen Michel Sobiat (Berlin) 30 Mk. aus dem 12 Proz.-Fonds überwiesen, ebenso einem hiesigen kranken Kollegen 20 Mk. Die Verwaltung wurde noch beauftragt, einige gute Bücher für die Bibliothek anzuschaffen. Mit einem Appell an die Mitglieder, die Versammlungen zu besuchen und treu zur Organisation zu halten, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Schmiedeberg. Die Zahlstellen Schmiedeberg, Erdmannsdorf und Haselbach haben sich zu einer Zahlstelle vereinigt und dadurch die Möglichkeit geschaffen, zur Anstellung eines eigenen Lokalbeamten zu schreiten. Die gewählte Anstellungskommission hatte nach Ablehnung eines an erster Stelle vorgesehene Kollegen den Kollegen Otto Kretschmann aus Berlin kommen lassen, welcher schon am 19. Oktober vor Vertrauensleuten der drei Zahlstellen ein Referat über „Unser Verbandstag, seine Beschlüsse und ihre voraussichtliche Wirkungen für den Verband“ in Schmiedeberg im Gasthof „Zum Hirsch“ hielt. Die Ausführungen mußten wohl den Beifall der Vertrauensleute gefunden haben, da dieselben beschlossen, von einer weiteren Delegation von Bewerbern abzusehen und Kretschmann aufforderten, 14 Tage später in Zahlstellenversammlungen der drei Orte zu sprechen.

Diese Versammlungen haben am 8. und 9. November bei sehr gutem Besuch stattgefunden.

Bevor Kretschmann auf sein ihm gestelltes Thema: „Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation“ einging, gedachte er in kurzen kernigen Worten der Revolution, dessen Jahresfeier wir auch in unserem Kreise würdig begehen können. Redner schildert das große Völkermorden, die maßlose Ausdehnung desselben und das gewissenlose Treiben der Kriegsverlängerer im letzten Stadium des Krieges, welches das Hereinbrechen der Revolution beschleunigte. Nachdem er noch einzelne Episoden der Revolution eingehend beleuchtete, die überaus schwierige Situation des deutschen Volkes nach der Revolution infolge des Lebensmittel- und Rohstoffmangels hervorhob, wies er auf Artikel 1 der Reichsverfassung hin: „Das Deutsche Reich ist eine Republik, die Staatsgewalt geht vom Volke aus“. Wie sich auch die Geschichte des Deutschen Reiches in der Zukunft gestalten mögen: Deutschland ist Republik und muß es bleiben. Begeistert stimmten die anwesenden Kolleginnen und Kollegen in den dreimaligen Hochruf auf die deutsche Republik ein.

Nunmehr ging der Referent auf sein eigentliches Thema ein. In dem Produktionsprozeß ist die Ware Arbeitskraft, die an den Unternehmer verkauft werden muß, um leben zu können, eine Ware, wie jede andere auf dem Wirtschaftsmarkt, daher gewissen wirtschaftlichen Bedingungen unterworfen, namentlich den von Angebot und Nachfrage, so daß der Wert der Arbeitskraft bei Mangel an geeigneten Verkaufskräften steigt, bei Ueberangebot von Arbeitskräften der gezahlte Preis, der Arbeitslohn, naturnotwendig abwärts bewegen muß. Während nun aber der Kaufmann seine Ware zurückhalten kann, bis ihm der dafür erzielte Preis genehm ist, muß der Arbeiter tagtäglich seine Arbeitskraft verkaufen, um sich den allernotwendigsten Lebensunterhalt zu erwerben. Der Unternehmer ist eifrig bemüht, seine Arbeiter so niedrig zu entlohnen, damit dieselben gar nicht in die Lage kommen, mit ihrer Arbeitskraft aussetzen zu können; er ist hier bedeutend skrupelloser wie die früheren Sklavenhalter, welche an der Gesundheit und langem Leben ihrer Sklaven materiell interessiert waren; der moderne Sklavenhalter, der industrielle Kapitalismus, kannte nur rücksichtslose Ausbeutung der Arbeitskräfte, ganz gleich, ob der betreffende Arbeiter krank, siech oder frühzeitig zugrunde ging, weil er jederzeit beim Versagen der Arbeitskraft sofort ohne finanziellen Verlust Ersatzkräfte aus dem Heer der Arbeitslosen fand. Alle jetzt bestehenden Zustände sind nicht etwa von den Fabrikherren aus freien Stücken gewährt, sondern sind die Folgen von jahrzehntelangen Kämpfen zwischen den Gewerkschaften und dem Unternehmertum. Die Furcht des vereinten Kampfes der Arbeiter zur Erreichung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen veranlaßte die Unternehmer, unter Quantitätsnahme der Gesetzgebung durch Verhängung schwerer Strafen und gesetzlicher Verbote jede Vereinigung der Berufskollegen zu vereiteln, zu unterbinden.

Redner schildert in kurzen Worten die Bekämpfung der Organisationen vom Jahr 1791 an, die Aufhebung des Koalitionsverbotes, die behördliche Entschonung dieser Aufhebung, erinnert an die „Pottamerich Sozialistengesetz“, welches fast alle Gewerkschaften zur Auflösung zwang, „das vereitelte Zuchtansgesetz“, „das Vereinsgesetz“, welches die Gewerkschaften als politische Vereine ansah, sowie die verschiedenen Auslegungen des § 153 der Gewerbeordnung (Verordnung, Christliche, Berufsverklärung, Erpressung) und zugehörte Möglichkeiten im Begriffe des groben Unfugs. Aber trotz der Verbot- und Strafmaßnahmen haben sich die Gewerkschaften behauptet und durchgehalten und so mußten wir heute circa 7 Millionen Arbeiter und Arbeiterinnen in der modernen Arbeiterbewegung; auch unser Verband hat annähernd 4000 Mitglieder.

Referent schildert dann den Nutzen unserer Berufsorganisation an der Hand von Erfolgen auch für die hiesige Arbeiterschaft, kommt auf die zu erwartenden Änderungen des Reichstarifgesetzes zu sprechen und fordert die Kolleginnen und Kollegen auf, fest und treu zur Organisation zu halten. Er schließt mit den Worten:

„Mehr denn je fühlen sich heute die Berufsgenossen in den werkschaften solidarischer, ihr Denken ist durch jahrelange Schul-Erfahrungen und Belehrungen, durch gemeinsame Entbehrungen Kämpfe einheitlicher geworden. Trotz aller Quertreibereien, die allen Seiten versucht werden, stehen heute unsere Gewerkschaften einer ungeahnten Höhe, ein Machtfaktor, der überall anerkannt werden muß, eifrig bemüht, der Arbeiterschaft zu einem menschenwürdigen Dasein zu verhelfen. Und so soll, so muß es sein. Tue jeder seine Schuldigkeit, an jedem Ort, zu jeder Zeit, dann wird die Schule Leidens, die wir noch zu überwinden haben, uns nur stark und machtbar machen für die ferneren Kämpfe, die mit der freien brüderlichen Hand enden werden. Unser die Welt, trohdallem, darum vorwärts, vorwärts!“

In allen drei Orten fanden die Ausführungen des Referenten ungeteilten Beifall der Versammelten, so daß derselbe überall stimmig als Geschäftsführer der vereinigten Zahlstellen gewählt wurde. Kollege Kretschmann dankte für das Vertrauen und will daselbst weit es in seinen Kräften steht, in jeder Beziehung zu rechtfertigen suchen. In der Schmiedeberger Versammlung waren prinzipiell Gegner einer Anstellung vorhanden, welche ihre Bedenken durch Vorsitzenden und Schriftführer vortrugen; nach den trefflichen Ausführungen des Referenten und seiner persönlichen Bekanntschaft, im Interesse der Einigkeit der hiesigen Porzellanarbeiterschaft, sahen aber diese die Wahl des Kollegen Kretschmann, welche dann in Schmiedeberg einstimmig erfolgte.

Schönwald. In der am 8. November stattgefundenen 11. monatlichen Monatsversammlung standen außer einigen unangeordneten Punkten zunächst der Punkt „Kartellbericht“ zur Entgegennahme. Der Vorsitzende, Kollege Klein, als Delegierter der Kartellversammlung vom 26. Oktober, gab den Bericht in einer längeren Aussprache getreu und sachlich. Erwähnenswert ist, daß sich sämtliche Gewerkschaften statt der Privatversicherungen der Volksfürsorge anschließen möchten, da dieselbe für die Gewerkschaftler die beste Versicherung ist, die ihnen einzig dienen kann. Dann befaßte sich die Versammlung in längerer Debatte mit dem Punkt „Stellungnahme zum Tarif“. Es ist selbstverständlich, daß nach den jetzigen Verhältnissen der immer mehr im Preise steigenden Produkte eine unbedingt erforderliche Erhöhung der Teuerungszulage folgen muß. In der Mitte der Versammlung wurden verschiedene Vorschläge gemacht, zu keinem festen Entschluß kommen konnten. Nun wurde von mehreren Kollegen der Vorschlag gebracht, daß zu den jetzt bestehenden 133 1/2 Proz. noch 100 Proz. gefordert werden müßten. Dieser Vorschlag wurde von den Mitgliedern gutgeheißen und nach der Zustimmung mit großer Majorität angenommen. Ueberdies ist zu bemerken, daß Schönwald in die Mindestlohnklasse II eingereiht ist, die hauptsächlichste Produkte höhere Preise zahlen muß als die Großstädte. Mit dieser Sache beschäftigte sich die Versammlung recht lebhafter Debatte und kam zu dem Entschluß, daß unbedingt eine Einsetzung in die Klasse I gefordert werden muß.

Zum Schluß forderte der Bibliothekar die Mitglieder auf, in den Wintermonaten die Bibliothek mehr in Anspruch genommen werden möge, schon deswegen, weil zurzeit sehr lehrreiche Bücher vorhanden sind. Hierauf schloß der Vorsitzende die Versammlung ab.

Schweidnitz. Am 5. Oktober d. J. ist es endlich gelungen, mit Hilfe des Gauleiters Hirsch das gesamte Schmelzwerk der hiesigen Steingutfabrik zu organisieren und unsere Betriebskommission zu bilden. Der Gauleiter hielt es für praktisch, auch hier eine eigene Zahlstelle unseres Verbandes am hiesigen Orte zu errichten, die ab 1. Januar 1920 als selbständige örtliche Organisation zu leben beginnt.

Die zwischen den beteiligten Organisationen getroffenen Vereinbarungen sollten nunmehr auch für die Firma Krause in Schweidnitz und deren Arbeiterschaft Geltung erlangen.

Die Nachzahlungen, die nach den festgesetzten Mindestlöhnen leisten waren und sind, machten erforderlich, daß diese Angelegenheit vor dem Schlichtungsausschuß zum Austrage gebracht wurde. Am 11. November fanden die Verhandlungen statt, an denen außer dem Schlichtungsausschuß der Gauleiter Hirsch teilnahm. In sachlicher, entschiedener Weise vertrat der Gauleiter die Forderung, daß die Nachzahlung geleistet werden müsse, wenn der Tarif auch in Schweidnitz Geltung haben sollte. Die Firma willigte denn auch ein, die nach zahlende Summe in zwei Raten zu zahlen und bis längstens 1. Januar 1920 die ganze Sache geregelt zu haben. Es wurden auch noch einige weitere Verbesserungen im Betriebe vereinbart, denen die Arbeiterschaft zufrieden sein kann.

Selb. Mit Befriedigung kann über den Besuch und Verlauf der Zahlstellenversammlung vom 20. November berichtet werden. Der Saal der Zentralthalle war dicht gefüllt. Da in den Kreisen der Arbeiter der berechtigte Wunsch besteht, eine große allgemeine Krankenkasse zu schaffen, diesbezügliche Besprechungen bereits begonnen haben, wird den Ausschußmitgliedern der Fabrikkrankenkassen und den Betriebsräten nahe gelegt, diese ungemeinliche Frage nicht aus dem Auge zu lassen und nach der Verwirklichung zu streben. — Weiter wurde die Versammlung ausgefüllt mit einem Vortrag des Genossen Bogler über die Simultanschule. Er führte unter anderem aus, daß die Bildungsfrage auch eine Brotfrage, und für die Gewerkschaften von größter Bedeutung ist. War die Volksschule ein Instrument der bestehenden Klassen, so soll sie jetzt von der Herrschaft einer einzelnen Partei freigemacht werden. Nach Reichsvereinerung soll der Wille der Erziehungsberechtigten für die Gestaltung der Schule maßgebend sein. In Selb haben wir bisher in den Fortbildungsschulen bisher Konfessionsschulen. Es kommt nun an, in den großen Bau des Schulwesens eine Einheitlichkeit zu bringen. Es ist notwendig, daß § 7 des Parteiprogramms die Einheitliche weltliche Schule fordert. Mit der Simultanschule, d. h. konfessionsmischten Schule gehen wir eigentlich nur einen halben Schritt vorwärts. Es ist also noch keine weltliche oder konfessionslose Schule. Durch das Zusammenleben der verschiedenen Konfessionen ist zweifellos der Gemeininn, den wir so notwendig brauchen, gefördert. Die weltliche Schule wird bei uns im dunklen Bayern nicht so erreicht sein. Wenn im alten Staate die Schule ein Mittel zur Erhaltung der Klassenherrschaft war, so wollen wir, daß die Schule den Bildungsgang durchwacht, dessen Fähigkeiten und

es gestatten. Freie Bahn dem Tüchtigen. Thron und Altar haben
seither geküßt und die Schule war in den Diensten der Sache ge-
t. In der Schule darf nur eins gelten: das ist die Wahrheit.
mehr als die ideellen, sprechen die praktischen Gründe für die
Mittelschule. Der Stadtrat, in seiner Mehrheit aus Mitgliedern
U. S. W. bestehend, beschloß die Lehrmittelfreiheit, zu deren prak-
Durchführung eine einheitliche Schule vorteilhafter ist. Die
Schmächtige Verteilung der Schülerzahl, die Möglichkeit der Inan-
nahme aller sanitären Einrichtungen und viele andere praktische
Begründungen sind damit verkörpert. Wenn die Kirche mit dem alten
kommt: „Die Religion ist in Gefahr“, so kann behauptet werden,
die religiöse Ueberzeugung in keiner Weise gefährdet ist. Im
enteil fördert die Simultanschule die Verträglichkeit unter den
Konfessionen. Die Kinder lernen frühzeitig andere religiöse Ueber-
zeugungen schätzen und trotzdem die ihrige charaktervoll hochhalten.
Jeden Tag für Tag, daß auch Andersgläubige gute und eble
Menschen sein können. Für die höheren Schulen brauchte man auch
er die konfessionellen Scheuklappen nicht. Es ist zu zweifeln, ob
sittliche Wert der Religion, die seit Menschengedenken dem Volke
Ueberflüsse eingerichtet wurde, so hoch zu werten ist, denn es ist
klar, daß gerade in den Gegenden, wo die Religion noch am
stärksten „gefährdet“ ist, z. B. in der Oberpfalz, der Grundsatz: „Liebe
den Nächsten wie dich selbst“, sich so wenig Geltung verschaffte.
An gewisse Kreise sozialisierungsfeindlich sind, so kann in diesem
behaupet werden, daß sie die Sozialisierung wollen, nämlich
Sozialisierung der Dummheit. Wenn bei uns in Bayern die
Reaktion aus allen Löchern kriecht, so wollen wir in
roten Nordostsee Oberfrankens ein Beispiel fortschrittlichen
Lebens geben. Reicher Beifall lohnte den Vortragenden. — Im Ver-
der weiteren Tagesordnung führten die Tarifforderungen eine
erst ausgiebige Aussprache herbei, bei der vor allem die Unzu-
lässigkeit der jetzigen Lohnverhältnisse, die von der Teuerung längst
erholt wurden, zum Ausdruck kam. — Dem Genossen Reich als
Anführer an den Verhandlungen wurde eine Unmenge von Material
auf den Weg gegeben. — Unter Organisationsangelegenheiten
wurde darauf aufmerksam gemacht, daß für das Jahr 1919 fällige
Anträge bis Jahresabschluss beglichen sein müssen, so daß mit Beginn
neuen Geschäftsjahres und mit Inkrafttreten der neuen Satzung
Störungen vermieden werden. Sodann wurde auf die Jugend-
tagungsausstellung im Rathhaussaal verwiesen und gleichzeitig ein
größerer Betrag zur Erweiterung der Zentralbibliothek bewilligt. Mit
Aufforderung, daß die Mitglieder gemäß dem Verdienste die Bei-
träge zu entrichten haben, gleichzeitig zu eifrigem Versammlungsbesuch,
ob der Vorsitzende die anregend verlaufene Versammlung.

Staffel. Am 25. Oktober fand eine Versammlung statt. Der
Versammlungsbesuch war ein sehr guter. Annähernd 300 Mitglieder
waren zugegen. In derselben gab unser Delegierter, Genosse Broh-
mann-Mannheim, einen klaren Bericht von der Generalversamm-
lung. Genosse Brohmann trug den Genossinnen und Genossen die
wichtigen Anträge und Widerlegungen der Vorstandsmitglieder vor. Am
Schluss seines Vortrages legte er den Genossinnen und Genossen ans
Herz, treu zu der Organisation zu halten; denn nur durch ein festes
Zusammenhalten, könnte etwas erreicht werden. Wir
sind noch einen schweren Kampf zu bestehen, und nur durch Einig-
keit könnte derselbe überwunden werden. Er dankte den Genossinnen
und Genossen für die Aufmerksamkeit, die sie ihm geschenkt haben und
schloß seinen Vortrag mit einem dreifachen Hoch auf den Porzellaner-
band.

Stanowiz. Am Donnerstag, den 6. November, fand bei
uns die Monatsversammlung statt. Eröffnet wurde dieselbe vom
Vorsitzenden um 5 1/2 Uhr. Nach dem Verlesen des letzten Versamm-
lungsprotokolls ging man zur Tagesordnung über.

Unter „Geschäftliches“ teilte der Vorsitzende ein Schreiben des
Vorstandes mit. Dann wurde Bericht gegeben von der letzten Aus-
scheidung. Als 2. Punkt gab der Kassierer den Kassenbericht. Die-
selbe ist revidiert und richtig befunden; es wurde dem Kassierer Ent-
lastung erteilt. Unter „Anträge“ wurde über die mangelhafte Be-
heizung in den Malereien geklagt; für 3 Mann eine Lampe ist zu
kaufen. Ein Antrag des Vorsitzenden, für die Beschaffung der Waisen-
kinder in der Gemeinde eine Beihilfe zu leisten, wurde angenommen.
Unter „Beschwerden“ wünschten die Schleifereiarbeiterinnen bessere
Lohnung. Unter „Verschiedenes“ kam noch einmal die General-
versammlung in Marktredwitz zur Sprache. Es hat hier befremdend
gehört, daß dort auch ein altes Märchen von den besseren Arbeitern
(renannten Stehtragen-Arbeitern) gesprochen worden ist. Die Ver-
sammlung war der Ansicht, daß fähige Leute dahin gesandt worden
sind und nicht solche, die gleich vor einem Stehtragen scheuen. Wir
sind alle Arbeiter, ob in der Lederschürze oder im Stehtragen.*)

Der Vorsitzende lud alle Anwesenden nochmals zu dem am
abend, den 8. November, stattfindenden Vergnügen ein. Ferner
er bekannt, daß zur nächsten Versammlung die Wahlen für den
Vorstand der Zahlstelle sowie des Arbeiter-Ausschusses stattfinden,
die Kollegen und Kolleginnen sich jetzt schon passende Leute dafür
suchen sollen. Nach einigen Worten des Dankes an die Erschie-
nen schloß der Vorsitzende die von 146 Mitgliedern (von 250 Mit-
gliedern) besuchte Versammlung um 7 1/4 Uhr.

Wallhausen. Zahlstellenversammlung vom 21. November er-
öffnet die Tagesordnung stehen drei Punkte: 1. Kartellbericht, 2. Grün-
dung einer Bibliothek, 3. Verschiedenes. Zu Punkt 1 gaben die Kar-

*) Anmerkung. Uns ist nichts bekannt, daß auf
der letzten Generalversammlung in Marktredwitz eine Diskussion geführt
worden wäre, in der die „besseren“ und „weniger besseren“ Arbeiter
einander ausgespielt worden wären. Selbst wenn das ominöse
Märchen vom „Stehtragenproletariat“ dort gefallen sein sollte — uns
ist auch das nicht bekannt — ist es keinesfalls in dem Sinne ge-
sprachen worden, als es die Kollegen in Stanowiz verstanden wissen
sollen. In dem Rahmen der Verhandlungen in Marktredwitz, die
von Anfang bis Ende einen streng sachlichen Charakter hatten und
in denen die Geister kollegialer Gesinnung getragen wurden trotz bestehender
Einsprüche, hätte auch eine Diskussion im Sinne, wie im Bericht
erzählt, wahrlich nicht hineingepaßt.

teilbelegierten Bericht aus den letzten Sitzungen. Dieselben bezogen
sich auf Einsetzung von Betriebsräten und Betriebsorganisation. Zu
Punkt 2 wurde eine 3gliedrige Kommission gewählt. Punkt 3. Unter
„Verschiedenes“ kam zur Sprache, daß Genosse Schäfer als Beamter
nicht gleichmäßig durchgehe, daß er einen den Bruch bezahle, den an-
deren nicht. Wenn weitere Fälle vorkommen, soll entschieden Front
gemacht werden. Weiter wurde Beschwerde geführt, daß ein Arbeiter
den anderen von seinem Arbeitsplatz verdrängt. Hierzu wird folgen-
der Antrag angenommen: Wenn jemandem nachgewiesen wird, daß er
einen Mitarbeiter verschmarotzt, soll er auf Beschluß aus der Fabrik
entlassen werden. Dann entspann sich eine lebhafte Debatte über den
Kollektivvertrag. Derselbe soll nicht wieder auf längere Zeit fest-
gelegt werden, damit die Arbeiter bei den immer teurer werdenden
Lebensmitteln nicht mit gebundenen Händen dastehen, wie es jetzt
der Fall war.

Weißwasser. Die am 10. d. M. stattgefundene Zahlstellenver-
sammlung wurde vom Vorsitzenden um 6 1/2 Uhr eröffnet mit folgender
Tagesordnung: Punkt 1: Kassenbericht vom 2. Quartal, Punkt 2:
Ausnahme neuer Mitglieder, Punkt 3: Einziehung der rückständigen
Beiträge, Punkt 4: Verschiedenes. Den Quartalsabschluss gab der
Kassierer Genosse Gieb. Der Abschluß ist geprüft und für richtig be-
funden worden. Dem Kassierer wurde Entlastung erteilt. Punkt 2
und 3 wurden erledigt. Punkt 4: Verschiedenes. Kollege Krause be-
mängelte scharf die Lohnverhältnisse im Brennhause, da die Betriebs-
leitung die im Vertrage festgesetzten Mindestlöhne nicht einhält, son-
dern unter denselben bezahlt. Kollege König und Renner führten
ebenfalls Beschwerde darüber. Es wurde beschlossen, unserem Gau-
leiter davon Mitteilung zu machen und weitere Maßnahmen dieserhalb
zu treffen, da sich die Betriebsleitung auf wiederholte Vorstellungen
weigert, die Löhne zu zahlen, wie sie im Brennhause zu zahlen und.
Ferner wurde beschlossen, tags darauf eine Betriebsversammlung zu
veranstalten und näheres darüber zu hören und zu besprechen. Genosse
Renner regte an, ein kleines Vergnügen zu veranstalten. Es soll in
der am 1. Dezember stattfindenden Generalversammlung näheres dar-
über besprochen werden. Die Versammlung wurde um 8 Uhr vom
Vorsitzenden geschlossen.

Wesel. Die am 21. Oktober abgehaltene Monatsversammlung
war gut besucht. Auf der Tagesordnung standen folgende Punkte:
Kassenbericht, Ergänzungswahl des Vorstandes, Bericht des Kollegen
Nagel (Düsseldorf) über die Generalversammlung, Verschiedenes. Der
erste Punkt wurde für richtig anerkannt und dem Kassierer Entlastung
erteilt. Zu Punkt 2 wurde Kollege Pfistermann als Vorsitzender und
Kollege Peters als Schriftführer vorgeschlagen und einstimmig gewählt.
Beide Kollegen nahmen die Wahl an. Dann erstattete Kollege Nagel
Bericht über den Verbandstag. Die anwesenden Kollegen folgten den
Ausführungen mit regem Interesse, und wurde dann folgende Re-
solutions angenommen: Die heute, am 21. Oktober 1919, im Lokale
Bröderhoff, Wesel, abgehaltene Versammlung ist mit den Ausführun-
gen des Kollegen Nagel-Düsseldorf betreffs Generalversammlung voll-
ständig und ganz einverstanden, und ersucht den Hauptvorstand um schleunige
Anstellung eines Gauleiters, möglichst vom 1. Januar 1920 ab. Zu
Punkt Verschiedenes wurden uns vom Kollegen Nagel noch einige Auf-
klärungen und Ratschläge erteilt. Dem Kollegen besten Dank.

Literarisches.

„Das Recht der Uebergangszeit“, von Gerichtsassessor Dr.
Platow, Referat im Reichsarbeitsministerium. Führer mit vollem
Gesetzeswort nach dem Stande vom 1. Oktober 1919. Verlag: Gesell-
schaft und Erziehung, G. m. b. H., Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 9.
Preis 5,— Mk.

Die „Freie Welt“ erscheint wöchentl. Einzelheft 25 Pf.,
vierteljährlich mit der Post ohne Bestellgeld 3 Mk., bei direktem
Bezug vom Verlag unter Kreuzband 3,50 Mk. Verlag „Freiheit“
Berlin 6, Schiffbauerdamm 19.

Unser Parteiverlag, die Buchhandlung „Vorwärts“, Berlin
SW. 68, bringt eine Reihe von Neuerscheinungen heraus, auf die
wir hinweisen möchten:

Der 9. November. Gedenkblätter zu seiner Wiederteil. Von
Friedrich Stampfer. Preis 1 Mk. Sturmvogel der Revolution. Von
Abolf Braun. Preis 1 Mk. Die neue Reichsverfassung, ihre Ent-
stehung und ihr Aufbau. Von Dr. Max Duard. Preis 1 Mk. Die
Quintessenz des Bolschewismus. Von Mich. Smilg-Benario. Preis
1,50 Mk. Die Entlarvung der „deutschen-bolschewistischen Verschwö-
rung“. Mit einem Vorwort des deutschen Ministerpräsidenten a. D.
Philipp Scheidemann. Herausgegeben von Dr. Ernst Bischoff. Preis
1,25 Mk. Die Volksschule als Einheitschule. Von Dr. Max Apel.
Preis 1 Mk. Die Volkshochschule im neuen Deutschland. Von Dr.
Max Apel. Preis 1,50 Mk. Wir weben! wir weben! Politische
Gedichte von Heinrich Heine. Zusammengefasst von Dr. Franz
Diederich. Gebunden 7,50 Mk.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Frauen der Sozial-
demokratischen Partei Deutschlands, ist Nr. 39 erschienen.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 24. Nummer des 36. Jahr-
gangs erschienen. Der Preis der Nummer ist 20 Pf. Probenummern
sind jederzeit durch den Verlag A. G. W. Dieb Nachf. G. m. b. H. in
Stuttgart, sowie von allen Buchhandlungen und Kolporturen zu be-
ziehen.

Von der Neuen Zeit ist soeben das 9. Heft vom 1. Band des
38. Jahrgangs erschienen. Die Neue Zeit erscheint wöchentlich einmal
und ist durch alle Buchhandlungen, Postanstalten und Kolporturen zum
Preis von 6,50 Mk. das Vierteljahr zu beziehen; jedoch kann dieselbe
bei der Post nur für das Vierteljahr bestellt werden. Das einzelne
Heft kostet 50 Pf. Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Adressen-Änderungen.

Zeche h. Sondershausen. Vorsitzender und Schriftführer:
Karl Lieberam, Hauptstr. 146.
Reichmannsdorf. Kassierer: August Müller, Former, Burg 198.

Versammlungs-Anzeigen.

Berlin-Charlottenburg.

Zahlstellenversammlung am Donnerstag, den 18. Dezember, abends 7 Uhr, in der Aula des Sophien-Gymnasiums, Berlin, Zentrum, Weinmeisterstr. 15.

Tagesordnung: Verschmelzung der Zahlstellen Berlin-Charlottenburg. Neuwahl der gesamten Verwaltung.

Annaburg. Sonnabend, 6. Dezember, abends 8 Uhr, im „Gesellschaftshaus“. Verwaltungswahl.

Berlin. Figurenbranche. Dienstag, den 9. Dezember, nachmittags 5 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21.

Emaillé-Branche. Donnerstag, den 11. Dezember, nachmittags 6 Uhr, bei Wollschläger, Adalbertstr. 21.

Blankenhain. Sonnabend, den 13. Dezember, abends 8 Uhr, in Kleins Gasthaus.

Bonn. Samstag, 13. Dezember, abends 6 Uhr, in der Phönix-Halle, Kölnstr. 17. Generalversammlung. Verwaltungswahl.

Breslau. Freitag, den 5. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im „Feldschlößchen“, Weinstr. 53/55.

Chemnitz. Freitag, den 12. Dezember, im Vereinslokal.

Goldb. Sonnabend, den 13. Dezember, abends 7/8 Uhr, im Schützenhaus. Neuwahl der Verwaltung.

Eisenberg. Sonnabend, 20. Dezember, abends 7/8 Uhr, bei M. Dst. Verwaltungswahl.

Elmsborn. Sonnabend, den 13. Dezember, abends 7/8 Uhr, bei Hinrichs, Peterstr. 11. Verwaltungswahl.

Elsterwerda. Montag, den 8. Dezember, nachmittags 5 Uhr, in Engelmanns Gasthaus: Generalversammlung. Verwaltungswahl.

Gräfenhain. Sonntag, den 21. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Gasthaus „Zum Steiger“. Verwaltungswahl.

Gräfenhain. Sonntag, den 21. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Schützenhaus.

Sonntag, 28. Dezember, nachmittags 3 Uhr in Bock und Teich bei Arnold für die Vereine Lippelsdorf, Taubenbach, Bock und Teich und Piesau.

Hohenberg a. Eger. Sonnabend, den 6. Dezember, abends 7 Uhr, bei Georg Kaiser: Generalversammlung.

Köln. Dienstag, 9. Dezember, abends 7 Uhr, Schaafenstr. 45. Verwaltungswahl.

Königszell. Sonnabend, den 6. Dezember, abends 7 Uhr, im Gasthof „Zum Friedrichs-Denkmal“. Generalversammlung.

Mannheim. Samstag, den 13. Dezember, abends 7/8 Uhr, im Restaurant „Reichstrone“, S. 7 Nr. 24.

Neuhaldensleben. Sonnabend, den 13. Dezember, abends 8 Uhr, in Herzogs Festtälchen: Verwaltungswahl.

Nürnberg. Sonntag, den 13. Dezember, abends 7 Uhr, im „Historischen Hof“. Generalversammlung.

Osch. Freitag, den 12. Dezember, abends 7/8 Uhr, in der Herberge zur Heimat: Vorstandswahl.

Pöckel. Montag, den 8. Dezember, im „Gambrius“, sofort nach Arbeitschluss: Generalversammlung. Neuwahl der Verwaltung.

Reichmannsdorf. Mittwoch, den 10. Dezember, abends 8 Uhr: Generalversammlung. Verwaltungswahl.

Rheinsberg. Montag, den 8. Dezember, abends präzis 7 Uhr, im Lokale von C. Gutschmidt: Generalversammlung. Verwaltungswahl.

Spandau. Montag, 8. Dezember, nachmittags 4 Uhr, Bichel-dorferstraße, bei Wind. Generalversammlung.

Stanowitz. Sonnabend, den 13. Dezember, abends 7 Uhr, bei Fritsch: Verwaltungswahl.

Tiefenfurt. Sonnabend, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, in der Brauerei.

Vordamm. Sonnabend, 6. Dezember, abends 7/8 Uhr, im Gewerkschaftshaus in Driesen (Fritz Schulz), Brüdertopffstr. 1. Bericht von der Generalversammlung.

Wittenberg. Montag, den 8. Dezember, abends 7/8 Uhr, im Gasthof „Zur Linde“ bei Krüger: Generalversammlung. Verwaltungswahl.

Quittung.

Auf den in Nr. 43 der „Ameise“ erfolgten Aufruf für den Kollegen Michael Sobial gingen reiche Spenden ein. Wir lassen nachstehend die Zahlstellen folgen, sagen im Namen des Kollegen Sobial allen Gebern herzlichen Dank und schließen hiermit die Sammlung: Annaburg 2,—; Breslau 15,—; Goldb. 20,—; Charlottenbrunn 20,—; Charlottenburg 50,—; Elsterwerda 30,—; Elmsborn 25,—; Fürstheim (L. a. i.) 10,—; Hüttenberg (Weiser) 15,—; Gera 20,—; Goldlauter 20,—; Hermisdorf 20,—; Hornberg 10,—; Judenthal 30,—; Kahla 10,—; Koburg 35,—; König 10,—; Langwieschen 20,—; Neuhaldensleben 10,—; Neubaus, Kr. Sbg. 30,—; Plana (Thür.) 20,—; Pot-schappel 20,—; Rheinsberg 30,—; Stadtlengsfeld 10,—; Steinheid 20,—; Schönewald 30,—; Schlierbach 25,—; Schornsdorf 30,—; Schlen-fingen 20,—; Zelter 20,—; Tiefenfurt 20,—; Unterweiskbach 15,—; Vordamm 20,—; Wittenberg 20,—; Kollege Glob-Berlin 1,—; Kol-lege Richard-Berlin 1,—; Schildermaler der Firma Hedert 25,50; Schildermaler Franzhaus 10,—; Mannheim 20,—. Mt. Emma: 782,50 Mt.

Die Verwaltung der Zahlstelle Berlin. Luise Apel.

Sterbetafel.

Neuz. Heben. Wilhelm Bartels, Dreher, ge-boren am 6. April 1876 in Neuhaldensleben, gestorben am 16. No-vember an Darmtuberkulose. Rastlos sein?

Schlierbach. Wilhelm Granel, Drucker, geboren am 5. Mai 1896 in Schlierbach, gestorben am 14. November durch Unfall im Betriebe.

Ehre ihrem Andenken!

An die Mitglieder der Zahlstelle Köln.

Sonntag, 7. Dezember, findet in unserem Ver-bundlokal, Schaafenstr. 45, zu Ehren unserer Verbände-lare eine Feier statt, wozu alle Kollegen und Kolleginnen nebst gehörigen freundlichst eingeladen sind. Die Verwaltung.

An die Mitglieder der Zahlstelle Charlottenburg!

Mit dem 1. Januar 1920 erfolgt die Zusammenlegung der Stellen Berlin und Charlottenburg. Die Mitglieder werden einen rechtzeitigen und geregelten Abschluß der Kasse zu ermög-lichen, indem sie bis spätestens 27. Dezember ihre bis da-maligen Beiträge entrichten. In den ersten Tagen des Januar erfolgt Einsendung des Abschusses an die Hauptkasse. Der Kassierer: Max Haupt.

Arbeitsmarkt.

Mehrere Terracotta-Formen, Gießer, Maler und Malerinnen sofort gesucht.

Öffentlicher Arbeitsnachweis Bremen

= Gewissenhafter, arbeitsfreudiger Brennhausaufsicher = mit guten Erfahrungen in der Geschirrbrennerei wird gesucht. Gebote mit Angabe des Alters und der Ansprüche unter „Brennhausaufsicher“ an die „Ameise“.

= Tüchtiger Kapselbreher =

für Kasten und ovale Kapseln auf Schubscheibe gesucht. Pirschauer Steingutfabrik, C. & E. Carstens, Pirschau, Ober-sachsen.

Tüchtiger Maler, 26 Jahre alt, auf Dekorierung von Geschirren, Mokkatassen usw. gut eingearbeitet, sucht Stellung. Er würde event. auch Stellung annehmen als Lagerist, Kontor-portier usw. Off. erbeten unter W. K. an die Redakt. d. „Ameise“.

Porzellanmaler sucht Stellung; hauptsächlich in Schrift-eingearbeitet. (Grabplatten, Türschilder usw.) Privatmalerei be-zugsweise. — Off. erbeten unter B. K. 100, postlagernd Rudolstadt i. Th.

Mehrere Gießerinnen

geübt in größeren Porzellanfiguren, finden dauernde lohnende Beschäftigung. Offerten unter F. K. 100 an die Redaktion der „Ameise“.

Geschäfts-Anzeigen.

Emil Böhme & Eisenberg S.-A.

Einkaufsgeschäft für Stanzgold, Goldschmied u. alle goldhaltigen Stoffe. Ältestes Geschäft dieser Art. Reelle u. pünktliche Bedienung. Man verlange Prospekte.

Goldschmied, Goldlappen, Goldflaschen und alle in der Bergbau-vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher, reeller Bedienung zu höchsten Preisen. Oskar Rottmann, Stadtlengsfeld.

Goldhaltige Lappen — Asche — Schmied Pinsel, Paletten, Näpfe, leere Goldflaschen

(mit Stöpsel zahle 10—20 Pf. je nach Gehalt, bei größeren auch be-zugsweise mehr) überhaupt alle Malrückstände und ausgebranntes Gold in die Scheideanstalt von

Max Haupt, Dresden-A., Böhmisches-Platz 17.

Goldflaschen :: Lappen :: Schmied sowie ausgebranntes Gold kauft zu den höchsten Preisen Emil Heimer, Langwieschen b. Jlm., Thür.

Goldasche, Goldschmied

sowie alle goldhaltigen Malrückstände kauft zum jeweiligen Goldpreis sofort Kasse. Flaschen kauft zu 10—15 Pf. das Stück. A. Langhammer, Wilkau, Sachsen.

Gold, Platin u. Silberabfälle aller Art

Gebr.
1896.
—
Best.
Bedien.



Seifert, Zwickau i. S., Osterweihstr. 3

Goldflaschen, goldhaltige Lappen sowie alle Malrückstände zum Einschmelzen

kauft M. Köhler, Dresden-A., Gerichtsstr. 8 II. Reelle Bedienung. — Höchste Preise. — Sofort Kasse.

Herausg. v. Verband d. Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen. Redaktion: Joh. Schneider, Charlottenburg, Rosinenstr. 11. Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 11. Druck von Otto Goette, Charlottenburg, Wallstr. 22.